Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

September 2023

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

der letzte reguläre Newsletter musste leider ausfallen. Dafür kommt dieser nun etwas umfangreicher daher. Uns haben einige Berichte von wichtigen Aktionen und Veranstaltungen aus dem erinnerungspolitischen Themenfeld erreicht. Danke dafür. Unsere gesamte Arbeit steht zunehmend unter dem Druck, den massiven Angriffen um die Deutungshoheit über deutsche Zeitgeschichte entgegentreten zu müssen. Die jüngste Vergangenheit um das Aiwanger-Flugblatt und seine Reden hat uns vor Augen geführt, wie eine konservative-populistische Politik in Bayern bereit ist, um des Machterhalts der CSU willen, demokratiefeindliche Bierzeltpropaganda zu hofieren und – was in unserem Arbeitszusammenhang wichtig ist – Erinnerungskultur zu diskreditieren. Denn ein nazistisches Flugblatt, das in den 80er Jahren – einer Zeit heftigen Ringens um die Bewertung deutscher Vergangenheit – von einem fast wahlberechtigten Schüler verfasst wurde, als verzeihliche Sünde jugendlichen Eifers abzutun, reiht sich ein in die unsägliche, seit 1945 währende, immer wieder erneuerte Schlussstrichdebatte, die zwar von Höcke, Gauland &Co angeführt wird, die jedoch nicht nur an Stammtischen und Bierzelten immer neue Auferstehungsmomente erfährt. Wir müssen es besser verstehen, Erinnerungskultur als Politik zu begreifen, sie als Folie politischer Intervention zu nutzen, sonst erhält Max Czolleks Reden vom „Versöhnungstheater“ bittere Dauerpräsenz. Jens-Christian Wagner, Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, hat genau dieses getan, um gegen die Wahl des AfD-Menschen Jörg Prophet, bekannt als jemand, der die Verbrechen im KZ Mittelbau-Dora kleinredet, zum Bürgermeister von Nordhausen zu mobilisieren.

In die Debatte in unseren Reihen um die Haltung zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine, in der Frage um Krieg, Frieden und Verantwortung kommt ein wenig Schwung. Wir sollten Abstand nehmen vom gegenseitigen Anschweigen, müssen zu einer streitbaren, aber produktiven Debatte gelangen. Dazu erscheinen in diesem Newsletter ein paar mehr Zeilen. Das Netzwerk und seine Kooperationspartner*innen versuchen entsprechende Veranstaltungsformate zu finden und anzubieten. Die Ausstellung „Sleepless“ -– Ukrainische Illustrationen des Krieges im Freizeitheim Vahrenwald (noch bis 3. November 2023) bildet quasi einen Auftakt.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

Berichte / Meldungen:

- **Ausstellungseröffnung „Auftakt des Terrors“**
- **Antikriegstag in Hannover**
- **„We are the Price“ - Künstlerische Perspektiven auf den Krieg**
- **Rückblick auf die Outdoor-Ausstellung „ToleranzRäume“**
- **Zwangsarbeit in Lehrte während der NS-Zeit**
- **12. Gedenkstättenfahrradtour am 17. September 2023**
- **„Wir trauern um Michael Brown“**
- **Das ZeitZentrum Zivilcourage freut sich über neue Kooperationspartner*innen.**
- **Geschichte der Ohestraße auf der Website der Ohe-Höfe**

Debatte:

- **„Ukraine – macht Euch ehrlich!“ – aber wie?**
- **Macht euch ehrlich – Teil zwei; Anmerkungen zu Willy Brandts Ostpolitik:**

Eröffnung der Wanderausstellung: „Auftakt des Terrors“

So gut wie alle Tageszeitungen in Deutschland berichteten im April 1933 mit Bild und dräuendem Text von der Einrichtung des ersten Konzentrationslagers in Dachau. Am 22. März 1933 hatten erste Gefangenentransporte das Lager, das auf dem Areal einer stillgelegten Pulver- und Munitionsfabrik eingerichtet wurde, erreicht. Bis in den Herbst folgten weitere frühe Konzentrationslager, in die vorwiegend politische Gefangene verbracht wurden. Die Ausstellung „Auftakt des Terrors – frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus“ der *AG Gedenkstätten an frühen Konzentrationslagern,* die noch bis zum 12. Oktober im Freizeitheim Linden gezeigt wird, berichtet in elf Themenstationen auf übersichtlich gestalteten Schautafeln von der Geschichte dieser frühen Lager. Handeln und Aussagen von Opfern und Tätern werden dokumentiert, zeitgenössische öffentliche Darstellungen gezeigt.
Zur Eröffnung, in die Jens Binner vom ZeitZentrum Zivilcourage einführte, berichtete der Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen, Stefan Wilbricht:
Im April 1933 wurde in Moringen eines der ersten Konzentrationslager des NS-Staates eingerichtet, untergebracht in den Räumen eines seit dem 19. Jahrhundert bestehenden so genannten Arbeitshauses. Inhaftiert wurden politisch oppositionelle Männer und einige Frauen der Arbeiterbewegung (u.a. KPD, SPD) aus der damaligen Provinz Hannover. Das Lager wurde im November 1933 aufgelöst. Die männlichen Häftlinge wurden unter Polizeiaufsicht gestellt oder in andere Konzentrationslager gebracht. Anschließend entstand in Moringen das erste Frauenkonzentrationslager. Hervorgegangen war es aus einer Abteilung für weibliche Schutzhäftlinge im ersten Moringer KZ. Für Jugendliche schufen die

Nationalsozialisten ab 1940 zwei eigene Konzentrationslager, die sie beschönigend „Jugendschutzlager“ nannten. Inhaftiert wurden hier männliche Jugendliche im Alter von 13 bis 22 Jahren aus dem gesamten Reichsgebiet und Volksdeutsche sowie potentiell „eindeutschungsfähige“ Jugendliche aus den von deutschen Truppen besetzten Ländern. Einen wichtigen lokalen Bestandteil der Ausstellung liefert eine Videoinstallation von Max Beeger und Fabian Lehmker, die Biografien von Mitgliedern der „Sozialistischen Front“

zeigen. Dies aufwändige, in seiner Darstellungsweise überzeugende Projekt wird vom Netzwerk Erinnerung und Zukunft getragen. Durch die finanzielle Unterstützung der Landeshauptstadt Hannover, der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, der VGH-Stiftung und der Stiftung Niedersachsen wurde dies ambitionierte Projekt, das über die Dauer der Ausstellung hinaus genutzt werden soll, möglich.
Die Ausstellung mit der Videoinstallation hat es verdient, dass sie von vielen Interessierten besucht wird.
PS

Antikriegstag in Hannover

Wie jedes Jahr üblich gab es auch an diesem 1. September zwei Veranstaltungen zum Erinnern an den Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939. An diesem Tag erinnern wir nicht nur an den verbrecherischen Angriffskrieg des nationalsozialistischen Deutschland auf Polen und den Beginn eines in der Geschichte beispiellosen Vernichtungsfeldzugs gegen die Völker Europas und andere Teile der Welt, sondern gedenken ebenso der Opfer dieses Krieges. Außerdem, und das liegt jeder/m in Zeiten wie diesen auf der Seele, wird der Blick auf kriegerische Auseinandersetzungen im Heute gerichtet und werden Friedensperspektiven diskutiert. Diese Beiträge auf den Kundgebungen sind also auch Bestandteil der Debatte um unsere Haltung zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In diesem Jahr sprachen Elvin Hülser vom Antikriegshaus Sievershausen in der Aegidienkirche und Sascha Dudzik, Erster Bevollmächtigter der IG Metall, am Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer. Wir waren der Meinung, dass mehr Menschen als die bei den Veranstaltungen Anwesenden diese Beiträge kennen sollten. Beide Vortragende waren so freundlich, ihre Redemanuskripte für einen Abdruck in unserem Newsletter zur Verfügung zu stellen.

Redebeitrag von Sascha Dudzik, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover am 1. Auf der Gedenkfeier am Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Onay,

ich begrüße Sie und euch alle zu unserer diesjährigen Veranstaltung zum Antikriegstag hier auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee Nordufer. Traditionell treffen wir uns hier am 1. September, um ein gemeinsames Zeichen für den Frieden in der Welt zu geben. Dies tun wir in dem festen Willen, für eine Welt ohne Kriege einzustehen. Wir wissen, dass es in der Vergangenheit keine Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag gab, an der wir tatsächlich in einer Welt ohne Kriege lebten.
Dieses Jahr ist unser Bewusstsein noch stärker geprägt, wie schwer es ist, dieses Ziel zu erreichen. Denn heute vor 554 Tagen hat der russische Überfall auf die Ukraine begonnen. Als Begründung diente das erfundene Narrativ, dass mit der russischen „Spezialoperation“ Ukrainerinnen und Ukrainer von einem angeblichen Naziregime befreit werden. Das wirkliche Kriegsziel ist hingegen leicht zu erkennen: Die Ukraine sollte kontrolliert und damit jedwede Weiterentwicklung in Richtung eines freien und demokratischen Landes verhindert werden.
Dieses Ereignis hat in unserer Gesellschaft aber auch in meiner Gewerkschaft zu einer großen Verunsicherung und zu vielen Diskussionen geführt: Wie wollen wir mit dieser Situation umgehen? Was ist die richtige Position? Müssen wir unseren Friedensanspruch aufgeben?
Die Satzung der IG Metall gibt mir als IG Metaller einen klaren Auftrag. Dort steht im § 2, dass sich die IG Metall für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einsetzt und dass es ihr Ziel ist, neofaschistische, militaristische und reaktionäre Elemente fernzuhalten. Aus diesem Grundverständnis heraus war die IG Metall schon immer wichtiger Teil der Friedensbewegung – auch hier in Hannover.
Wir Hannoveranerinnen und Hannoveraner wissen aus der eigenen Geschichte heraus bestens, welche schrecklichen Auswirkungen Kriege haben und wieviel Leid er den Menschen bringt. Es reicht ein Blick auf die Stadtmodelle im Foyer des Neuen Rathauses, die uns einen guten Eindruck auf die verheerenden Folgen und die zerstörerische Kraft von Waffen geben. Wer das einmal erkannt hat, muss sich gegen Krieg als Mittel der Politik aussprechen. Deshalb ist es eben nicht nur Satzungsauftrag, sondern auch unsere Überzeugung, für eine Welt zu arbeiten, in denen Waffen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung zwischen Staaten mehr ist.
Die IG Metall ist auch eine Gewerkschaft in der Demokratie. Auch hier ist die Satzung der IG Metall deutlich: Die IG Metall bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, setzt sich für die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie die demokratischen Grundrechte.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen, dass unsere Demokratie uns die Rahmenbedingungen garantiert, die wir brauchen, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und der Rentnerinnen und Rentner erfolgreich zu vertreten. Unsere Demokratie gibt uns als Gewerkschaft das Recht zur freien Meinungs- und Willensbildung und der Art. 9 im Grundgesetz garantiert sogar die Existenz und die Handlungsfreiheit von Gewerkschaften.
Wir wissen, dass in den Gesellschaften ohne demokratische Grundstruktur diese Freiheiten nicht oder nur sehr eingeschränkt existieren. Die Rechte zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zur freien Meinungsäußerung, der freien Presse oder gar zur Gründung freier Gewerkschaften sind dort oft beschränkt. Dies sind aber Kernelemente persönlicher Freiheit. Jeder Mensch, egal in welchem Land und in welcher Gesellschaft, muss das Recht haben, in Freiheit und Selbstbestimmung zu leben. Insofern muss es unser politisches Ziel sein, diese Errungenschaften allen Menschen dieser Welt zu ermöglichen.
Die Debatten der vergangenen Monate um diese Fragen haben gezeigt, dass das Spannungsfeld zwischen dem einerseits richtigen Ziel, für Abrüstung und Frieden einzustehen und dem andererseits richtigen Ziel, für Demokratie und Freiheit einzustehen, nicht gegeneinander negiert werden kann. Beides sind sehr zentrale politische Ziele. Sie beschreiben fundamentale Dimensionen einer lebenswerten Gesellschaft, auf die unser politisches Handeln gerichtet ist.
Zu diesem Handeln gehört es auch, Initiativen zu fordern, die das politische Ziel haben, Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu erreichen und die Konfliktlösung wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Leider hören wir hierzu in den letzten Monaten viel zu wenig. Die öffentlich bekannten Initiativen von Ländern wie Brasilien, Südafrika oder China hatten bisher leider keinen Erfolg. Wir brauchen mehr Kraft in diese Diskussion, wie der Frieden auf politischen Weg erreicht werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
um Frieden und Demokratie langfristig zu festigen, müssen wir gemeinsam auch wachsam vor Denjenigen sein, die versuchen unsere demokratische Grundordnung in ihrem Sinne zu verändern. Mit Schrecken nehmen wir wahr, dass die AfD wachsenden Zuspruch in unserem Land bekommt. Und das obwohl es offensichtlich ist, dass die Partei immer weiter nach rechts abdriftet. Der Verfassungsschutz führt Teile der Partei bereits als „Verdachtsfall“ und andere Teile wie z.B. die Junge AfD als gesichert rechtsextrem.
Auf dem Bundesparteitag der AfD in Magdeburg Ende Juli wurde deutlich, dass weite Teile der Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl ein gestörtes oder gar ablehnendes Verhältnis zur Demokratie haben. Trotzdem würden bundesweit 20 Prozent die Partei wählen, in einigen ostdeutschen Bundesländern sogar über 30 Prozent. Woran liegt das? Was können wir tun?
Es ist offensichtlich, dass sich Teile der Menschen in Deutschland von der Politik nicht mitgenommen fühlen. Zum Beispiel bei der Frage der Transformation in eine klimaneutrale Zukunft. Dieses Ziel wird von vielen geteilt und unterstützt. Es hat aber sehr lange gedauert

bis wir beispielsweise beim Heizungsgesetz Lösungen gefunden haben, die auch die finanzielle Lebensrealität der Menschen im Blick hat.
Wir erleben seit zwei Jahren eine Inflation, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht kannten. Viele der Dinge des täglichen Lebens kosten jetzt deutlich mehr. Während dies für Einige eine „lästige Nebensächlichkeit“ ist, ist es für andere am Monatsende eine existentielle Frage. Wir müssen uns für diese Probleme der Menschen interessieren und Antworten finden. Erkennbar kontraproduktiv ist es, dass wir es uns leisten können, ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen zur Stärkung der Verteidigung aufzubringen und kurze Zeit später Debatten zur Finanzierung der Kindergrundsicherung führen. Wir müssen zeigen, dass sich unsere Demokratie auch für die Schwächeren unserer Gesellschaft lohnt.
Die Gewerkschaften haben dies erkannt und setzen sich aktiv für die Interessen der Menschen ein – nicht nur in Tarifrunden, sondern auch im täglichen politischen Geschäft. Das ist ein wichtiger Beitrag für unsere Demokratie. Lasst uns alle in unserem jeweiligen Einflussbereich darauf schauen, was wir für mehr sozialen Ausgleich tun können. Jedes plus an selbst erfahrener sozialer Gerechtigkeit führt zu einem plus bei der Zustimmung für unsere pluralistische Gesellschaft – davon bin ich überzeugt.
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
einen ganz konkreten Beitrag zu dieser Gedenkveranstaltung wird uns dieses Jahr wieder die IG Metall Jugend darstellen. Ich möchte mich ganz herzlich bei der Gewerkschaftsjugend dafür bedanken, dass sie jedes Jahr unsere gemeinsame Veranstaltung zum Antikriegstag mit kreativen und nachdenklichen Beiträgen begleitet.
Zunächst aber spricht nun unser Oberbürgermeister Belit Onay zu uns. Ich freue mich sehr darüber, dass wir in unserer Stadt so ein tolles gemeinsames Zeichen für eine Welt in Frieden geben und gemeinsam daran arbeiten, sagen zu können: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

„Die Welt braucht Frieden“

Rede von Elvin Hülser am Antikriegstag 1.9.2023 auf der DGB-Veranstaltung (Aegidienkirche Hannover)

„Die Welt braucht Frieden“ – unter diesem Motto ruft der DGB zu Veranstaltungen zum heutigen 1. September, dem Antikriegstag auf. Das Datum erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939, dieser schrecklichen Menschheitskatastrophe, die vom damaligen nationalsozialistischen Hitler-Deutschland begonnen wurde.
Ja, die Welt braucht Frieden! Spätestens mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist auch uns dies schmerzlich in Erinnerung gerufen worden.
Doch welchen Frieden meinen wir?
Frieden, so wie ich ihn verstehe und so wie wir im Antikriegshaus, einem der Friedensorte der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, ihn verstehen, ist eben weit mehr als die bloße Abwesenheit des Kriegs, von physischer Gewalt.

Frieden ist immer nur miteinander möglich. Es handelt sich um ein inklusives Konzept, Frieden beruht

- auf einem Mindestmaß gegenseitiger Anerkennung,
- auf Teilhabe und
- einem gemeinsamen Verständnis, dass es immer wieder aufs Neue der friedlichen, gewaltfreien Aushandlung zwischen Parteien mit unterschiedlichen Interessen und Zielen bedarf.

Der DGB schreibt in seinem Aufruf zutreffend, „dass dauerhafter Frieden und eine stabile internationale Friedensordnung nur möglich sind, wenn sich die Stärke des Rechts durchsetzt – und nicht das Recht des Stärkeren". Das bedeutet einerseits, wie dort gefolgert, dass sich „mit Waffen kein Frieden schaffen lässt". Das bedeutet andererseits aber auch, dass eine militärische Aggression wie diejenige Russlands eben nicht erfolgreich sein darf, wenn Völkerrecht und Menschenrechte und die Idee einer darauf fußenden regelbasierten internationalen Ordnung nicht dauerhaft diskreditiert werden sollen.
Frieden verstanden als ein „gerechter Friede" lässt sich nicht einseitig machen, er muss über alle Konflikte hinweg zusammen gemacht werden. Er stellt idealerweise den Rahmen für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten dar. Einen (auch rechtlichen) Rahmen, den alle grundsätzlich anerkennen und auch schützen wollen.
Vor dem Hintergrund dieses Spannungsverhältnisses sehen wir ein Ringen und Zweifeln, was angesichts des Angriffskriegs, der Eskalationsgefahr, der menschlichen Opfer eines Abnutzungskriegs, der fortlaufenden Zerstörung „RICHTIG" ist, wenn das eigentlich Richtige: GERECHTER FRIEDE, vorerst nicht erreichbar scheint. Dieses Ringen und Zweifeln ist auch Ausdruck der Verantwortung. Verantwortung für den Frieden heißt nämlich auch, sich mit den REALITÄTEN auseinanderzusetzen. Es heißt, die eigenen Entscheidungen im Hinblick auf die möglichen Konsequenzen in alle Richtungen zu prüfen und zu hinterfragen.
Mit dem bloßen Appell, doch nun miteinander zu reden und zu verhandeln, ist es also nicht getan. Das heißt aber auch, dass Forderungen, die auf einen einseitigen Waffenstillstand durch die Ukraine und damit eine Kapitulation hinauslaufen, mit der Forderung nach Frieden im Sinne eines gerechten Friedens nichts zu tun haben. Ja, es wäre nicht mal gewährleistet, dass militärische Kampfhandlungen und willkürliche Gewalt gegen die ukrainische Bevölkerung eingestellt würden.
Was die geforderten Verhandlungen zudem so schwierig macht ist die Tatsache, dass

1. beide Konfliktparteien selbst keine echte Verhandlungsbereitschaft zeigen, da die Ukraine meint, ihre Verhandlungsposition militärisch verbessern zu können (um nicht zu sagen: zu müssen, um weiterhin als Gesellschaft und Staat zu existieren), während bei Russland fraglich ist, ob es an „echten" Verhandlungen jenseits einer ukrainischen Kapitulation überhaupt ein Interesse hat.
   Kurz- und mittelfristig können wir wohl kaum auf mehr als eine Eindämmung und Stabilisierung, vielleicht ein prekäres Sicherheitsarrangement hoffen. Ein imperialer Großmachtanspruch, der die Ukraine als integralen Bestandteil der „Russischen Welt" und eines russischen Imperiums betrachtet und die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine prinzipiell verneint, ist mit einer friedlichen

Konfliktbearbeitung nicht vereinbar, da das Existenzrecht, die Legitimität des Gegenübers grundsätzlich bestritten wird. Die Mehrheit der Menschen will nun aber offensichtlich nicht unter der repressiven Herrschaft Russlands leben.

2. Nicht weniger kompliziert wird es dadurch, dass (wie bereits erwähnt) bei Verhandlungen und in diesem Konflikt die zukünftige internationale Ordnung immer mitverhandelt wird. Es geht eben auch um die Frage, ob sich eine imperialistische, quasi-kolonialistische Aggression in der internationalen Ordnung lohnt, oder eine regelbasierte internationale (Rechts-) Ordnung wiederhergestellt werden kann.

Es ist mit dieser internationalen Ordnung, die über das Völkerrecht und die Menschenrechte eine Einhegung der Machtkonflikte versucht, wie mit der Demokratie: Sie ist nicht perfekt, es gibt erhebliche Defizite in der Umsetzung, es gibt zu viele Egoismen, die die Grundsätze und Regeln gerne mal zu eigenen Zwecken beugen und ignorieren. ABER: es gibt KEINE BESSERE ALTERNATIVE, außer der Stärkung *dieser* Ordnung.

Hier rächt sich, dass auch die sog. westlichen Staaten in der Vergangenheit einerseits selbst gegen die Regeln und Prinzipien dieser Ordnung verstoßen und damit an Glaubwürdigkeit v.a. gegenüber dem globalen Süden eingebüßt haben. Und andererseits diese Ordnung insbesondere in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen einseitig zu Gunsten des „Nordens“ ausgestaltet ist. Hier warten große Aufgaben, wenn wir nicht in einigen Jahren vor dem Scherbenhaufen der internationalen Ordnung stehen wollen, die im Völkerrecht und den Menschenrechten so wichtige Werte und Errungenschaften verkörpert. Die Signale aus Staaten wie Südafrika oder Indien sollten uns hier auch eine Warnung sein, unserer globalen Verantwortung zukünftig besser gerecht zu werden. Wir werden die vielfältigen globalen Herausforderungen, v.a. den Klimawandel betreffend, nur in einer breiten globalen Kooperation und in einem Geist der Solidarität bewältigen können.

Ich sehe deshalb mit Sorge, wenn aus der (verständlichen) Emotion heraus nun teilweise diplomatischen Bemühungen, Zusammenarbeit und dem Aufbau von Vertrauen pauschal keine Chance in den internationalen Beziehungen mehr eingeräumt wird. Ich sehe mit Sorge, wenn Ansätze, zivile Friedensfähigkeiten zu stärken, angesichts der Kriegssituation in der Ukraine (und knapper Kassen) offensichtlich als mindestens verzichtbar angesehen werden. Langfristig müssen Perspektiven und Grundlagen für eine belastbare Friedens- und Sicherheitsordnung auf europäischer und globaler Ebene geschaffen werden. (Wie sonst sollen wir die globalen Herausforderungen meistern?) Auf Dauer ist eine Handlungslogik nicht tragbar, die durch Abschreckungspolitik, fortgesetzte militärische Aufrüstung und Sanktionspolitik geprägt ist. Wie die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in einer Stellungnahme[1] schreibt: „Das Ende des Friedens darf nicht das Ende der Friedenspolitik sein. Im Gegenteil muss es der Beginn eines neuen Nachdenkens über die Zukunft einer europäischen und globalen Friedensordnung sein.“

Das heißt aber auch, dass es nicht genügt, sich auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu konzentrieren.Die Menschen in der Ukraine brauchen unsere Solidarität und Unterstützung

[1] Hessische Stiftung Frieden und Konfliktforschung (HSFK): Stellungnahme zum Ukraine-Konflikt, https://www.hsfk.de/wissenstransfer/news/news/stellungnahme, 24.02.2022, (abgerufen am 02.03.2022)

– politisch, humanitär, ökonomisch – und momentan, ich sage dies offen, auch, um das Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen zu können.
Aber: Unsere Verantwortung reicht weiter:
Wir müssen jetzt anfangen, an der (Weiter-) Entwicklung einer glaubwürdigeren und faireren, solidarischeren internationalen Ordnung mitzuwirken. Denn die Lage erfordert es[2]:
Nach Angaben der Vereinten Nationen waren im Jahr 2021 mehr Menschen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen denn je seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Ein Viertel der Weltbevölkerung, zwei Milliarden Menschen, leben aktuell in Regionen, die von gewaltsamen Konflikten und Kriegen betroffen sind. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guteress, forderte angesichts dessen:
„Wir brauchen mehr Investitionen in Prävention und Friedensförderung, um die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen“
Im Jahr 2015 haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mit der Agenda 2030 siebzehn Ziele für nachhaltige Entwicklung gesetzt. Ein Leben in Würde für alle Menschen und der Schutz unserer Lebensgrundlagen sollen erreicht werden.
Die Agenda erkennt die besondere Bedeutung von Frieden für die Erreichung aller anderen Ziele an: Ohne Frieden keine nachhaltige Entwicklung.
Frieden ist nicht nur eine Sache der Diplomatie auf höchster Ebene. Es gilt auch, Zivilgesellschaften zu stärken.
Deutschland hat bewährte, international anerkannte Instrumente zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, für Demokratisierung und zur Unterstützung lokaler Friedensorganisationen. Diese Programme müssen angesichts der aktuellen Herausforderungen dringend ausgebaut werden! *(so auch eine Forderung der Kampagne „Deutschlands zivile Friedensfähigkeit stärken“, die u.a. vom forumZFD und der AGDF getragen wird, deren Mitgliedsorganisation das Antikriegshaus ist).*

Es gilt, Perspektiven für Konfliktregionen zu schaffen:
Wo Schulen und Krankenhäuser zerstört sind, die lokale Wirtschaft brach liegt sowie Wasser und Strom fehlen, haben Menschen keine Perspektive. Sie können sich nicht an Wiederaufbau und Frieden beteiligen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt in vielen betroffenen Regionen einen am Frieden orientierten Wiederaufbau der Infrastruktur und Ernährungssicherung. Dabei setzt sie auf Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen. Dieses Engagement muss fortgesetzt und verstärkt werden!
Zivile Friedensmissionen und Vermittlung voranbringen:
Die Vereinten Nationen und regionale Organisationen wie die OSZE sind zentrale Foren für Dialog und unverzichtbare Akteure der Friedenssicherung. Deutschland sollte ihre

[2] Folgende Ausführungen sind der Kampagne „Deutschlands zivile Friedensfähigkeiten stärken“ (www.frieden-stark-machen.de) entlehnt. Das Antikriegshaus unterstützt die Kampagne als Mitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und des forumZFD (Ziviler Friedensdienst).

Handlungsfähigkeit stärken. Die Bundesregierung sollte außerdem die eigenen Kapazitäten für Friedensmediation und zur Beteiligung an zivilen Friedensmissionen erweitern.
Versprechen umsetzen: Mehr Geld für Entwicklung und Frieden
Die Regierungskoalitionen von 2017 und von 2021 haben sich jeweils verpflichtet, die Mittel für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, Auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Maße zu steigern wie die Verteidigungsausgaben. Wir sehen aber in diesen Tagen, dass die Mittel dafür sogar zurückgehen. Bewahrheitet sich dies, wäre es Ausdruck einer kurzsichtigen, unklugen und in letzter Konsequenz unglaubwürdigen Politik.
Frieden ist nicht selbstverständlich. Frieden muss gemacht und gelebt werden. Und dort, wo dies nicht unmittelbar möglich ist, muss er vorgedacht und vorbereitet werden.
Die Welt braucht Frieden!
Dafür, dass wir dem Frieden (wieder) näherkommen, tragen wir alle Verantwortung. Denn Frieden können wir nur gemeinsam machen. Und nur in Frieden und Solidarität können wir die Herausforderungen dieser Zeit meistern.

Elvin Hülser, Geschäftsführer und Referent für Friedensarbeit des Antikriegshauses im Friedens- und Nagelkreuzzentrum Sievershausen

---

„We are the Price“ - Künstlerische Perspektiven auf den Krieg

Wie verändert sich künstlerisches Schaffen durch einen akuten Kriegszustand? Wie verändert sich die eigene Perspektive auf das, was relevant ist? Und welche Anforderungen ergeben sich daraus an kritische Kunst? Über diese Fragen sprach Halyna Hartwig (Kunsthalle Kulturzentrum Faust) mit Alona Karavai (Kuratorin Asortymentna Kimnata und Initiatorin der Agentur für non-formale Bildungsveranstaltungen Proto Produkciia) und Nikita Kadan (ukrainischer bildender Künstler) am Freitag, den 15. September im FZH Vahrenwald. Mit im Gepäck hatten die beiden Gäste Kunstwerke zeitgenössischer ukrainischer Künstler*innen, die vorgestellt und vor Ort betrachtet werden konnten.
Eindrücklich schilderte Alona Karavai wie sich mit dem Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 plötzlich die Notwendigkeiten für die Arbeitsvoraussetzungen für Künstler*innen änderten. Kurzfristig schuf sie aus einem Privathaus in den Kaparten eine Künstler*innenresidenz, die zunächst vor allem als Zufluchtsstätte diente. Die Künstler*innen vor Ort waren vornehmlich mit der Alltagsbewältigung in der Kriegssituation beschäftigt, bevor sich der Krieg auch in ihren künstlerischen Praxen zu manifestieren begann. Ein Beispiel für den künstlerischen Umgang mit dem Alltagserleben im Krieg ist die Arbeit „Palyanysia“ von Zhanna Kadyrova, die bereits im Februar im Kunstverein Hannover zu sehen war. Das Wort „Palyanysia“ beschreibt ukrainisches Weißbrot. Die Aussprache bildet jedoch eine spezifische Differenzierung zwischen der ukrainischen und russischen Sprache ab, so dass russische Muttersprachler*innen die Bezeichnung nicht ohne Übung akzentfrei aussprechen können. Ein Umstand, der vor dem Krieg banal, mit dem Krieg plötzlich zu kultureller Zuordnung und Separation führte und vielleicht sogar eine Erkennung

feindlicher Gesinnung ermöglichte. Diese neue Bedeutung einer Alltagsbezeichnung für ein Brot greift Zhanna Kadyrova auf, wenn sie große Flusssteine poliert und diese in Scheiben aufschneidet, so dass sie wie Brotlaibe aussehen.

Das Motto-Bild der Ausstellung von Nikita Kadan

Nikita Kadan, dessen Werk auf der Ankündigung der Veranstaltung zu sehen ist, beschrieb die radikale Zuspitzung der Position als Künstler im Krieg zunächst Sprachrohr einer bekriegten Bevölkerung zu sein. Besonders deutlich wurde die Veränderung einer kritischen künstlerischen Haltung durch einen Kriegszustand: So teilte Nikita Kadan die Beobachtung, wie viele seiner progressiv, antipatriarchal, queer, links und liberal eingestellten Kolleg*innen aus der Situation heraus, nun patriotisch rezipiert würden, weil sich durch die veränderte Situation gewohnte Perspektiven verschöben. Diese würden nun neu angeordnet und sortiert. Entsprechend könne er nicht an vermeintlich neutralen friedensorientierten Austauschangeboten mit russischen Künstler*innen teilnehmen. Für diese bräuchte es zunächst eine deutliche Distanzierung der russischen Künstler*innen vom russischen Regime, anderenfalls sei immer das Ungleichgewicht zwischen Überfallenem und Überfallendem mit am Tisch. Mit Blick auf die Position, Gefährdung und Bedeutung russischer dissidenter Künstler*innen erinnerte Kadan hier an die Flucht vieler deutscher Künstler*innen und Intellektuellen vor dem nationalsozialistischen Deutschland in die Nachbarstaaten und deren dortige Aufnahme. Er verwies dabei auf die relevante Funktion Deutschlands, kritischen russischen Künstler*innen Zuflucht zu gewähren.
Der Austausch in dieser Runde schloss mit dem Aufruf, auch in Deutschland miteinander die Diskussion zu suchen. Es gehe darum, die aktuelle Situation in der Ukraine und die harte Arbeit der Ukrainer*innen für eine liberale und demokratische Gesellschaft anzuerkennen. Vor allem aber bleibt die aktuell häufig gemachte Feststellung, dass große Krisen alle vermeintlichen Sicherheiten zur Disposition stellen. Vor dieser Herausforderung ist niemand gefeit ist.

Anne Bonfert, Geschäftsführerin der Stiftung Leben und Umwelt, Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Rückblick auf die Outdoor-Ausstellung „ToleranzRäume“

Am 30, August 2023 wurde die Outdoor-Ausstellung ToleranzRäume von Oberbürgermeister Belit Onay feierlich auf dem Trammplatz, direkt vor dem Neuen Rathaus, eröffnet.

© ZeitZentrum Zivilcourage

Die Outdoor-Ausstellung tourt durch bundesdeutsche Städte und war vom 30. August bis zum 19. September auf Einladung des ZeitZentrums Zivillcourage nun auch in Hannover zu sehen.
Die Ausstellung regt die Reflexion über unser Zusammenleben an: Was verstehen wir unter Respekt und Toleranz? Warum sind sie für das gesellschaftliche Miteinander wichtig? Was haben Respekt und Toleranz mit mir zu tun?
Die Besucher*innen auf dem Trammplatz konnten sich an interaktiven Hands-on-Stationen Fragen des eigenen Handelns spielerisch nähern. Symbolische Räume aus dem Alltag – vereint auf einem großen „Wimmelbild“, zeigen, wo und wie uns Rassismus, Antisemitismus, Ableismus oder andere Formen der Diskriminierung und Gewalt im Alltag begegnen. Auch historische Beispiele von Gewalt, Intoleranz und bis heute fortlebende Ideologien wurden dargestellt.
Die Ausstellung wurde von dem Verein Toleranz-Tunnel e.V., gemeinsam mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. und der Universität Bielefeld entwickelt und steht unter der Schirmherrschaft von Dr. Felix Klein.
Die Ausstellung ist demnächst in Eisenach und Bochum zu sehen. Wir wünschen dem Team von den ToleranzTunnel e.V. weiterhin viel Erfolg!
ZeitZentrum Zivilcourage

Zwangsarbeit in Lehrte während der NS-Zeit

Der promovierter Historiker Heiko Arndt erforscht seit Anfang des Jahres in einem gemeinsamen Projekt der Stadt Lehrte und des Antikriegshauses Sievershausen die Geschichte der Zwangsarbeit in Lehrte.

Arndt gab am 24. August einen ersten Zwischenbericht über seine Forschungen. Bodo Wiechmann von der SPD Lehrte hatte die Vortragsveranstaltung im Saal des Landhauses Vileh im Lehrter Ortsteil Aligse organisiert und er hatte sich gewaltig verschätzt: Die Stühle reichten kaum aus, um die vielen interessierten Zuhörer*innen unterzubringen.

Foto: Horst Dralle

Heiko Arndt vor interessiertem Publikum

Im Mittelpunkt des Vortrags stand das Zwangsarbeiterdurchgangslager (Dulag) der Arbeitsverwaltung und das Zwangsarbeiterlager Ida der Reichsbahn am Eisenbahnlängsweg. Das Dulag befand sich auf dem heutigen Betriebsgelände des Mielewerks und war das mit Abstand das größte seiner Art im deutschen Nordwesten. Zwischen 1942 und 1945 wurden hier 120.000 bis 130.000 Menschen – überwiegend aus der Ukraine - durchgeschleust und auf Zwangsarbeitsplätze weitergeleitet. Dieser Zahlenkorridor kann als gesichert angesehen werden, nachdem Arndt im Niedersächsischen Landesarchiv komplette Berichte des damaligen Lagerleiters an die Abteilung Gesundheitswesen beim Regierungspräsidenten in Lüneburg gefunden hatte. Bisher war von weit überhöhten Zahlen ausgegangen worden.
Im Landesarchiv fand Arndt neben weiteren Dokumenten auch einen detailliert gezeichneten Lageplan des Dulags aus dem Jahr 1942. Was leider fehlt ist zeitgenössisches Fotomaterial, auf dem der Ablauf der Durchschleusungen dokumentiert wäre. Hier wird man auf Funde von Lehrter Einwohnern in Familienalben oder auf Dachböden hoffen müssen.
Wir sind gespannt, was Heiko Arndt über die dunkle Vergangenheit von Lehrte noch herausfinden wird. Das von der Stadt geförderte Projekt läuft jedenfalls bis Ende 2024 und das Interesse daran ist groß.
H. Dralle

12. Gedenkstättenfahrradtour am 17. September 2023

Ein inhaltlicher Strang der diesjährigen Gedenkstättenfahrradtour des Vereins *Gegen das Vergessen / NS-Zwangsarbeit* war die Erschießungen von KZ-Häftlingen und ZwangsarbeiterInnen am 6.4.1945 auf dem Stadtfriedhof Seelhorst. Die Stele und Erinnerungsort an die Erschießungen auf dem Friedhof, waren Teil der ersten Station der Radtour. Im späteren Verlauf wurde der Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer besucht, wo die Erschossenen nach Ende des Kriegs ihre letzte Ruhe gefunden hatten. Zum Abschluss erläuterte die Historikerin Janet von Stillfried in der Grotte im Neuen Rathaus das Gedenkbuch für die ermordeten ZwangsarbeiterInnen auf dem Ehrenfriedhof am Maschsee-Nordufer.

Reinhard Schwitzer erläutert den Gedenkort aus „Bauklötzen“ bei den Kindergräbern Stadtfriedhof Seelhorst. Foto: Tim Rademacher

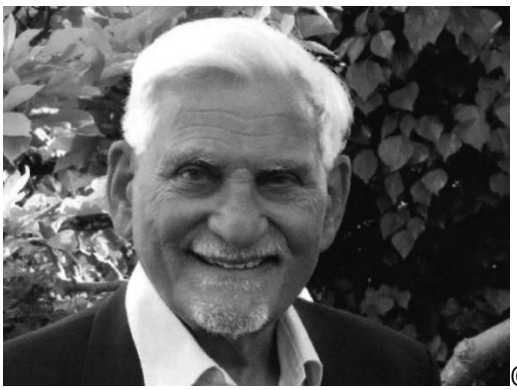
Auf dem Stadtfriedhof Seelhorst wurden noch weitere Orte aufgesucht: Die Kriegsgräberfelder mit den zahllosen Gräbern von ZwangsarbeiterInnen, das Niederländische Ehrenfeld, sowie die Hauptachse am alten Haupteingang, wo Opfer aus den Konzentrationslagern Stöcken, Ahlem, Misburg und Limmer begraben sind. Mit dem Besuch des Gedenkortes bei den Kindergräbern, wurde der inhaltliche Kreis zur Gedenkstättenfahrradtour im letzten Jahr geschlossen, als die Stele zur Erinnerung an das „Ausländer-Wöchenerinnenheim“ in Godshorn Station war.
Weitere Haltepunkte an der Strecke der Radtour mit über 40 Teilnehmenden waren der Friedhof am Brocksberg in Laatzen und das Gelände des ehemaligen Textilunternehmens „Döhrener Wolle“.

Wilhelm Lindenberg als Vortragender an Hauptachse am alten Haupteingang Stadtfriedhof Seelhorst. Foto: Tim Rademacher

Wie in den letzten Jahren gab es während der Radtour und bei der gemeinsamen abschließenden Einkehr, einen regen Austausch zwischen den Teilnehmenden.
Tim Rademacher

Wir trauern um Michael Brown

Im September 2023 verstarb in England im Alter von 93 Jahren Michael Brown. Als 9-jähriger konnte er am 22. August 1939 durch einen jüdischen Kindertransport von Hannover nach England vor der nationalsozialistischen Verfolgung gerettet werden.



© Gedenkstätte Ahlem

Michael Brown

Michael Brown wurde 1930 als Franz Schlesinger in Breslau geboren und lebte mit seinen Eltern Martin und Betty Schlesinger und seiner Schwester Hannah zunächst in Schlesingen. Michaels Vater war Jurist und wurde aufgrund seiner jüdischen Herkunft zwangspensioniert. Die Familie zog 1938 nach Hannover und wohnte dort in der Villa Simon, Brühlstr. 27 (früher 7), am Königsworther Platz.

© Michael Brown

Michael Brown (damals „Franz Schlesinger“) mit Fußball auf dem Balkon des Hauses Brühlstraße 27 (früher 7), Hannover

Die Familie bemühte sich um eine Emigration, die aufgrund der schlechten finanziellen Lage nicht möglich war. Durch gute Kontakte zu jüdischen Organisationen in Berlin erfuhr Martin Schlesinger jedoch von den Kindertransporten. Von 1938 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im September 1939 nahm Großbritannien rund 10.000 jüdische oder wegen ihrer jüdischen Herkunft im nationalsozialistischen Deutschland bedrohte Kinder im Rahmen der Kindertransporte auf. Die geretteten Kinder wurden in Sammelunterkünften oder in Pflegefamilien untergebracht. Martin Schlesinger konnte für seine beiden Kinder die Teilnahme an einem Kindertransport organisieren und ihnen so das Leben retten: Am 22. August 1939 reisten die 9 und 6 Jahre alten Geschwister nach England. Ihre Eltern sahen sie nie wieder: Betty und Martin Schlesinger wurden am 15. Dezember 1941 von Hannover in das Ghetto Riga deportiert. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt. Michael und Hannah änderten ihren Nachnamen, indem sie den Geburtsnamen ihrer Mutter anglisierten. Beide studierten in England studiert und gründeten Familien.

© Michael Brown

Michael Brown mit seiner Schwester Hannah

Michael Brown hat Hannover immer wieder besucht, z.B. 2015 zur Eröffnung der Ausstellung „Fremde Heimat. Rettende Kindertransporte aus Hannover“ und 2017 zur Präsentation seiner Erinnerungen „Es war eine recht unruhige Reise“ Von Franz Michael Schlesinger zu Michael Brown (Schriftenreihe der Gedenkstätte Ahlem, Bd. 5).

„Ich betrachte meine Identität als
etwas sehr Persönliches. Ich glaube
nicht an Nationalismus, sondern sehe
alle Bewohner dieser Erde als Mitmenschen, die aufgrund des Zufalls
ihrer Geburt in einer bestimmten

Region der Welt leben oder in eine
bestimmte Religion hineingeboren
wurden oder nicht.“
(Michael Brown)
Michael Brown wird uns als interessierter, redegewandter, aufgeschlossener und humorvoller Mensch sehr herzlich in Erinnerung bleiben. Wir wünschen seiner Familie alles Gute!
ZeitZentrum Zivilcourage

Das ZeitZentrum Zivilcourage freut sich über neue Kooperationspartner*innen.

Das **Niedersächsische Studieninstitut für kommunale Verwaltung e. V. (NSI)** und das ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover gehen gemeinsame Wege bei der Sensibilisierung des Verwaltungsnachwuchses für Themen der historisch-politischen Bildung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Gemeinsam wird an entsprechenden Angeboten gearbeitet. Mit dem neuen NSI-Projekt „Integration, Beteiligung, Demokratiebildung“, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, verstärkt das NSI das Engagement in diesem Bereich. Ein weiterer Baustein ist die geplante Zusammenarbeit, die Prof. Dr. Michael Koop, Präsident NSI/ HSVN und Dr. Jens Binner, Direktor ZeitZentrum Zivilcourage, Ende Juni 2023 mit der Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung besiegelt haben.

. © ZeitZentrum Zivilcourage

Das Foto zeigt von links nach rechts: Marian Spode-Lebenheim (pädagogischer Leiter des ZeitZentrumZivilcourage), Dr. Philipp Legrand (NSI), Dr. Jens Binner (Direktor des ZeitZentrumZivilcourage), Prof. Dr. Michael Koop (Präsident NSI/ HSVN), Elisa Schulzki (NSI), Dieter Wuttig (NSI).

Seit August besteht nur auch eine Kooperation zwischen der **Elsa-Brändström-Schule** und dem ZeitZentrum Zivilcourage. Am 24. August 2023 haben Dr. Binner und Schul-Direktorin Annette Wullstein eine gemeinsame Kooperationserklärung unterzeichnet. Mit der Partnerschaft möchten wir einen Austausch und gemeinsame Aktivitäten auch außerhalb der Schule dauerhaft und regelmäßig etablieren.

© ZeitZentrum Zivilcourage

Von links: Marian Spode-Lebenheim, Julia Berlit-Jackstien, Frau Wullstein, Dr. Jens Binner, Frau Dreimann und Frau Schotemeier haben sich gemeinsam getroffen, um die Zusammenarbeit zu festigen.

In den vergangenen zwei Jahren haben wir bereits viele Workshoptage für die Jahrgänge 10-12 durchgeführt. Wir planen, gemeinsam weitere Workshops zum Thema „Hannover in der Weimarer Republik“, „Zivilcourage“ und „Rechtsextremismus“ zu entwickeln und durchzuführen.
Wir freuen uns auf die beiden Kooperationen und die neuen Impulse!
ZeitZentrum Zivilcourage

Geschichte der Ohestraße auf der Website der Ohe-Höfe

Die AG Geschichte der Ohestraße gibt bekannt: Seit unserem Einzug im Oktober 2021 engagieren wir für ein lebendiges Erinnern an die Geschichte unserer Straße in der Calenberger Neustadt, die mit der jüdischen Kultur und den NS-Verbrechen besonders verbunden ist. Wir laden jedes Jahr am Jahrestag der Deportation am 15.12. zu einer Gedenkveranstaltung am Mahnmal ein, das sich seit 1990 auf dem Schulhof der Berufsschule BBS 3 befindet.
Aktuell möchten wir Sie aufmerksam machen auf den von uns neu erstellten Beitrag der Website unseres Wohnquartiers:
http://ohe-hoefe.de/geschichte-der-ohestrasse/
Darin stellen wir sowohl die Entwicklung der Ohestraße dar, als auch insbesondere das jüdische Leben und seine Vernichtung, und gehen auf die Entstehungsgeschichte des Mahnmals ein.
Über Ihr Interesse freuen wir uns, Hinweise und Rückmeldungen nehmen wir gern entgegen.

Regina Hennig/ AG Geschichte der Ohestraße / WohnIdee e.V. Kontakt: Ohestraße 1c 30169 Hannover Tel. 0175 - 1986 231 hennigreg@gmx.de

---

Debatte

„Ukraine – macht Euch ehrlich!“ – aber wie?

Es ist Peter Schyga zu danken, dass er im letzten Newsletter die Debatte um dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine thematisiert und eine Reihe von wichtigen Fragen aufwirft, der sich Mitunterzeichner diverser Friedensappelle – so wie ich, u.a. dem in der HAZ vom 7.04.2023 – stellen müssen.

Ich möchte in meinem Beitrag auf folgende Fragen eingehen:

1. Peter Schygas Kritik an der Friedensbewegung der 1980er
2. Gibt es eine durchgehende Kontinuität einer Gewaltpolitik der Sowjetunion bzw. Russischen Föderation?
3. Warum bezieht Peter Schyga die geopolitischen Aspekte dieses Krieges nicht ein?
4. Ist Frieden auch mit Diktaturen möglich?
5. Verteidigt die Ukraine unseren Frieden und Freiheit?
6. Kann es Freiheit ohne Frieden geben?

Peter Schyga nimmt sich die Friedensbewegung der 1980er vor, die sich einerseits asymmetrisch gegenüber den beiden damaligen Supermächten USA und UdSSR verhalten habe und zum zweiten von der Sorge lediglich um das eigene Leben angetrieben worden sei. Ersterer Vorwurf stimmt zu einem guten Teil leider, es gab viel Naivität, falsches Wohlwollen und auch politische Affinitäten gegenüber den stalinistischen Diktaturen östlich der Elbe. Aber spricht das gegen den Friedenswunsch auch dieser stalinistischen Diktaturen, die – im Unterschied zu den USA – tatsächlich als Schlachtfeld des 2. Weltkrieges mit kompletter Vernichtung der Länder und millionenfachem Tod ihrer Bürger:innen bis hin zum Holocaust bezahlt hatten? Und die ja zu Recht beobachteten, wie ihre eh schon maroden Ökonomien dabei waren, totgerüstet zu werden? Und zum zweiten sehe ich nicht, was daran verwerflich sein soll, wenn wir uns dagegen positionierten, dass Deutschland zum Schlachtfeld eines atomar betriebenen 3. Weltkrieges gemacht werden sollten.

Schyga kritisiert den russischen Imperialismus und die Herrschaft von Terror und Gewalt insbesondere nach 1945 bis heute und zieht dabei eine Kontinuitätslinie von Stalin zu Putin. Das scheint mir unterkomplex zu sein. Zu Recht weist er auf die Unterdrückung der Arbeiteraufstände 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn, die Besetzung der CSSR 1968, die Unterstützung der polnischen Kommunisten bei der Unterdrückung der Demokratiebewegungen 1970 und 1981 hin wie auch den Einmarsch in Afghanistan 1979. Sozialistische Politik sieht sicher anders aus.

Eine weltgeschichtliche Phase blendet Schyga aber völlig aus: ich denke an die Zeit des KPdSU-Generalsekretärs und späteren Präsidenten Michail Gorbatschows, die Abrüstungsverträge mit den USA, die Rückführung aller sowjetischen Besatzungstruppen aus Osteuropa – was ja gerne vergessen wird - , die Auflösung des Warschauer Paktes, die kontinuierlichen Angebote der russischen Regierungen – auch Putins – eine gemeinsame Zone der Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa zu schaffen. Das lag übrigens ganz im Sinne der kleinen Russell-Initiative, die diese Forderungen in der von Grünen, SPD und

DKP dominierten Friedensbewegung vorschlug – und zu der ich damals gehörte. In dieser Zeit hätte die Chance bestanden, eine Friedens- und Sicherheitsordnung von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen. Gescheitert ist das nicht an Gorbatschow, Jelzin oder Putin, sondern an einem sich auf der Siegerstraße vermeinenden „Westen“, allen voran den USA! Es gibt also die von Schyga suggerierte Kontinuität in der Traditionslinie von Stalin über Breschnew zu Putin so bnicht!

Schyga zieht zudem die Linie der imperialistischen Gewaltpolitik Putins ab 1999, also mit dem zweiten Tschetschenienkrieg, der in der Tat mit einer russischen Gewaltorgie endete. Wollen wir aber bitte nicht vergessen, dass die Gegner der russischen Armee und Geheimdiensteinheiten nicht lupenreine Demokraten und friedliche Separatisten waren. Seit 1994 versuchten in Tschetschenien islamistische und wahhabitische Gewaltunternehmer, ein Kalifat à la Afghanistan zu errichten und terrorisierten und vertrieben nicht-tschetschenische Ethnien. Müssen wir nicht auch das sagen?

Und wäre nicht auch zu sagen, dass auch Putin zunächst versuchte, zumindest bis 2001 unter dem allfälligen Beifall u.a. des Deutschen Bundestages, die wortbrüchige Osterweiterung der NATO durch Kooperationsangebote an „den Westen“ zu neutralisieren? Und hier kommt die geopolitische Lage für den aktuellen Krieg ins Spiel. Durfte die Russische Föderation denn nach 1991 keine Sicherheitsinteressen haben – etwas, was die USA bei der versuchten Stationierung sowjetischer Raketen auf Cuba Herbst 1962 selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen durften – und Che Guevara zusammen mit Mao Tse-tung sogar bereit war, einen Atomkrieg in Kauf zu nehmen. Würden die USA die Stationierung russischer Kriegsschiffe und Raketen in Nicaragua, Venezuela und Cuba etwa nicht als Bedrohung ihrer Sicherheit betrachten? Wie sind die Stationierungen von weit reichenden Raketen durch USA und NATO in Osteuropa zu bewerten, kein Risiko für die Russische Föderation? Ich halte es nicht für zureichend, alleine die Machtinteressen der Russischen Föderation zu kritisieren, ohne die aktuellen Machtinteressen des Hauptakteurs im Westen, den USA auch nur in Betracht zu ziehen. Auch die sind auf dem Spielfeld. Wäre nicht eine Haltung der Äquidistanz hilfreich, um eine nüchterne Analyse diese unheilvollen zerstörerischen Krieges zu erleichtern?

Und so wie der einer totalitären Sowjetunion vorstehende Chruschtschow – nach 1953 und 1956 - mit dem demokratisch gewählten Kennedy zu einem Agreement kam, wieso soll das jetzt nicht gehen mit einem Diktator Putin? Warum war es 1955 möglich, dass sowjetische Truppen aus Österreich abzogen, weil das Land sich zur Neutralität verpflichtete?

Kommen wir nun zur Ukraine. Schyga redet davon, dass das ukrainische Volk in Frieden und Freiheit leben will. Natürlich muss dieser Wunsch unterstützt werden und mangels Alternativen darf sich die Ukraine auch bewaffnet zur Wehr setzen, auch wenn ich die schrecklichen Implikationen einer solchen militärischen Verteidigung sehe: Zerstörung des Landes, Vertreibung, Verarmung, Militarisierung auch im Inneren. Das möchte zumindest ich nicht außer Blick nehmen. Dennoch gilt es, dass die Ukraine ein Selbstbestimmungsrecht hat

und seine Souveränität verteidigen darf. Es kann nicht sein, dass dieses Land einfach von seinem größeren Nachbarn überfallen werden darf, zumal mit der idiotischen Begründung, eigentlich gäbe es gar keine Ukraine. Wenn es denn keine gegeben haben sollte, so doch nach dem 22. Februar 2022! Eine weitere Fehlkalkulation Putins, wie so viele andere. Und zugleich auch ein Indiz dafür, dass die Bäume großrussischer Fieberphantasien nicht in den Himmel wachsen – möglicher Ansatzpunkt für Verhandlungen?

Dann frage ich aber im Weiteren, inwieweit Frieden und Freiheit denn in der Ukraine vor dem Angriff der russischen Aggressoren gewährleistet waren? Wie sieht es denn aus mit dem Platz der Ukraine auf der weltweiten Korruptionsskala, dem Demokratieindex, den neoliberalen Liberalisierungen der Rechte des werktätigen Volkes, dem Verbot von Kommunistischer Partei und angeblich prorussischer Medien, mit der permanenten Beschießung der von dubiosen Gewaltunternehmern beherrschten sogenannten Volksrepubliken im Osten der Ukraine seit 2014 mit zahlreichen zivilen Toten, dem Treiben der Banderisten und anderer schlimmer Gestalten im Westen der Ukraine? Ich bekomme das mit Frieden und Freiheit nicht zusammen.

Für mich wichtiger noch: Frieden dürfte sogar die Voraussetzung dafür sein, dass sich in der Ukraine Demokratie und Rechtstaat entwickeln können. Also Frieden als Voraussetzung für Freiheit. Soweit ich weiß, sieht auch die EU-Kommission hier noch erheblichen Entwicklungsbedarf. Daher ich weigere mich, umstandslos dem Narrativ zu folgen, dass „unsere Freiheit und Demokratie“ in der Ukraine verteidigt werde. Das halte ich für einen Mythos, der dem Entwicklungsstand unserer politischen Demokratie nicht gerecht wird. Und ich denke auch, dass es wenig Wert hat, aus der Ukraine einen Trümmerhaufen werden zu lassen wie wir ihn in Mariupol oder Bachmut betrachten dürfen. Dies dürfte keine Perspektive für die Ukraine sein, Trümmerhaufen in „Frieden und Freiheit“ nützen niemandem. Deshalb bin ich dafür, dass ernsthafte Versuche unternommen werden, Waffenstillstand und Frieden zu erreichen. Brasilien, China und die Türkei könnten dabei als Vermittler auftreten, damit das Morden und Töten und die Zerstörung ein Ende haben und die Entfaltung einer demokratischen Zivilgesellschaft in der Ukraine eine Chance bekommt. Und ich sehe die bittere Wahrheit, dass am Ende so etwas wie ein „heißer Frieden“ stehen könnte wie in Korea oder in anderen „eingefrorenen“ Konflikten. Eine weitere Eskalation dieses Krieges jedenfalls dürfte weder Frieden noch Freiheit zum Resultat haben.

Wilfried Gaum

Macht euch ehrlich – Teil zwei

Anmerkungen zu Willy Brandts Ostpolitik

In einer unverschämten Leugnung und Ignoranz ihrer eigenen fernen und auch gar nicht fernen Geschichte hat die parlamentarische Opposition aus CDU und CSU den in der Bundesregierung vertretenen Parteien seit dem Februar 2022 vorgeworfen, ihre

Fehleinschätzungen der Politik Putins hätten die Republik in die schwerste Krise seit 1949 geführt. Mit notorischer Penetranz wurde die sozial-liberale Ostpolitik unter der Kanzlerschaft Willy Brandts als Ursünde einer blauäugigen Sicht auf die Sowjetunion und später Russland gegeißelt. Es verwunderte, dass dieser Angriff von der Sozialdemokratie kaum oder nur verdruckst gekontert wird. Gute Gründe genug, offensiv zu argumentieren, hätte sie, denn ihre Politik der sechziger/siebziger Jahre hat eine lange Friedensperiode in Europa mit ermöglicht: Der zentrale Kern der Brandtschen Ostpolitik bestand in der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa, bestand darin das Elend und die Opfer anzuerkennen und zu würdigen, die der deutsche Überfall auf die Welt seit dem 1. September 1939 gekostet hatte. Mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags zwischen der Bundesrepublik und der UDSSR am 12. August 1970 wurde in Artikel drei die „Unverletzlichkeit" der Grenzen in Europa anerkannt. Beide Seiten bekannten sich zum Gewaltverzicht. Gewaltverzicht war in den sechziger/siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Bundesrepublik trotz manch verbaler Beschwörungsformeln keineswegs Konsens.[3] Revanchismus und Revisionismus durchzog die politischen Debatten. Am 7. Dezember 1970 unterzeichneten Bundeskanzler Willy Brandt und der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz sowie die Außenminister der beiden Länder ergänzend den Warschauer Vertrag. Damit waren die Oder-Neiße-Linie zwischen der DDR und Polen und die deutsch-deutsche Grenze zwischen der BRD und der DDR als Fakt festgelegt. Am gleichen Tag verlieh Willy Brandt mit seinem Kniefall am Ehrenmal für die Helden des Warschauer Ghettos dem Unterzeichnungsakt die moralische Dimension einer Bitte um Vergebung für deutscher Schuld.[4]

Gegen diese Friedenspolitik schossen die parlamentarische Opposition, ihr wohlgesonnene Medien aus de m Hause Springer und anderen Verlagen, organisierte Revanchisten und Rechtsradikale mit Hass- und Verleumdungskampagnen aus allen Rohren. Den Begriff shitstorm gab es damals noch nicht, doch manche heutige Social-Media-Kampagne nähme sich gegen die Hetze von damals wie ein laues Lüftchen aus. Bis ins Frühjahr1972 hielt diese Kampagne unvermindert an und mündete am 24. April 1972 schließlich in einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt. Das scheiterte. Dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel blieb nichts anderes übrig, als seine Leute auf das Kernstück der Ostverträge, die Verpflichtung zum Gewaltverzicht, einzuschwören sein. Am 17. Mai 1972 nahm der Bundestag schließlich beide Verträge an.

Politisch eingeläutet war diese Politik des Gewaltverzichts bereits im Jahr 1963, als der außenpolitische Berater Willy Brandts, Egon Bahr, auf einer Tagung in Tutzing mit dem

[3] In meinem Diercke-Schulatlas aus dem Jahr 1966 gab es in den Karten noch die Bezeichnungen „zur Zeit unter polnischer Verwaltung", „zur Zeit unter sowjetischer Verwaltung" für Gebiete, die das Deutsche Reich mit dem Potsdamer Abkommen abtreten musste.

[4] Der Schriftsteller Navid Kermani sagte in der Feierstunde „65 Jahre Grundgesetz" am 23. Mai 2014 im Bundestag: „Denn wann und wodurch hat Deutschland, das für seinen Militarismus schon im 19. Jahrhundert beargwöhnte und mit der Ermordung von 6 Millionen Juden vollständig entehrt scheinende Deutschland, wann und wodurch hat es seine Würde wiedergefunden? Wenn ich einen einzelnen Tag, ein einzelnes Ereignis, eine einzige Geste benennen wollte, für die in der deutschen Nachkriegsgeschichte das Wort ‚Würde' angezeigt scheint, dann war es […] der Kniefall von Warschau."/wikipedia „Kniefall in Warschau, Zugriff 30.08.2023.

Begriff „Wandel durch Annäherung“ die politische Strategie einer friedlichen Zukunft mit der Sowjetunion umriss.

Russlandpolitik der (bundes)deutschen Wirtschaft

Diese politische Vision von damals wird heute insofern diskreditiert, als sie nun mit der Formel „Wandel durch Handel“ verballhornend gleichgesetzt wird. Damit wird suggeriert, dass irgendwie von Anbeginn der besseren Beziehungen zur Sowjetunion an einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von dieser Diktatur gearbeitet wurde. Die Gazprom-Geschäfte seien dann deren Gipfel gewesen. Nun darf dazu erwähnt werden, dass dieser „Handel“-Spruch durchaus en vogue war. Nur geht er zurück auf die politische Ökonomie der deutschen Wirtschaft seit den fünfziger Jahre. Er stammt aus den Reihen eines der einflussreichsten Lobbyorganisationen in der Bundesrepublik, dem Ostausschuss der deutschen Wirtschaft – der Name Otto Wolff von Amerongen, wird mancher/m noch in Erinnerung sein. Denn anknüpfend an die Zeiten des Rapallo-Vertrags von 1922, der die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion jenseits der Restriktionen von Versailles gesondert regelte, anknüpfend auch an die kurze Dauer des Hitler-Stalin-Pakts, der der NS-Wirtschaft hoch willkommen war, begannen Teile der Rohstoff verarbeitenden Industrie aus der Bundesrepublik im Verbund mit finanzierenden Banken bald nach dem Zweiten Weltkrieg sich an der Erschließung und Nutzung sowjetischer Rohstoffe zu beteiligen [5] noch bevor mit der Moskaureise Adenauers 1955 diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern hergestellt waren.

Alle Bundesregierungen haben die Ostexpansionspolitik der deutschen Wirtschaft gestützt. Das Kapital sucht sich nun einmal Anlagen, die günstig Profite versprechen, und keine Regierung eines kapitalistisch organisierten Landes denkt daran, solches Tun zu stören. Mit dem Ende der Sowjetunion schienen neue Sphären ungeahnter wirtschaftlicher Expansionsmöglichkeiten im Osten angebrochen.

Doch eine erhoffte rosige Zukunft für Kapitalverzinsungen verfärbte sich düster, weil bedeutende Teile der nachgewachsenen politischen Kader und Eliten sich mit Gewalt, Korruption und ergaunertem Geld Zugriff auf die wirtschaftlich wichtigen Ressourcen in Russland und anderen nach 1990 unabhängig gewordenen Staaten der ehemaligen UDSSR verschafften. Die Institutionen des staatlichen Gewaltapparats gewährten dabei tatkräftig Unterstützung, weil ihre führenden Figuren an diesen Raubzügen partizipierten. Die erbitterte Konkurrenz unter den Raubrittern wurde mit Gewaltmitteln nach Mafia Art ausgetragen. Allerdings gab es keinen Boss, keinen Paten, der diesen Gewaltexzess mit sanktionierenden Regeln lenken oder leiten konnte. Während die Gesellschaft in dieser Phase der Perestroika freier atmen konnte, verarmten weite Teile von ihr, weil die staatlich/administrativen Versorgungs- und Unterstützungsregime ebenso wie ganze Industriezweige zusammenbrachen. Unter der grassierenden Kriminalität hatte sie zudem am meisten zu leiden.

[5] Es lohnt sich im Zusammenhang mit der Tradition einer Expansion westlichen, auch deutschen Kapitals, nach Russland mal wieder in Lenins Imperialismus Pamphlet reinzuschauen bzw. sich bei Hobsons Imperlialism (London 1902) über den Drang des Kapitals nach Osten im 19. Jahrhundert zu vergewissern.

Hier ist die Rede von Russland, die Entwicklung in den so genannten Nachfolgestaaten der Sowjetunion unterschied sich in wichtigen Punkten. Nehmen wir hier nur die Ukraine: Die mafiöse Durchdringung von Wirtschaft und Staat unterschied sich kaum von der in Russland, doch die Unabhängigkeitsbestrebung konnte hier den Charakter einer Befreiung von der Sowjetunion und einer Befreiung von den kommunistischen Kadern, die mit denen des Sowjetregimes seit den Tagen der Revolution gemeinsame Sache gemacht hatten, annehmen. Die Gesellschaft konnte – auch in Besinnung auf eine eigenständige Geschichte jenseits der Sowjetdiktatur – freiheitliche und demokratische Bewegungen und Strukturen herausbilden, die sich den Oligarchen und den Korruptionsregimen widersetzte. Während große Teile der Arbeiterbewegung noch an die Mechanismen des alten Systems mit neuen Herrschern gekettet waren, sich freie Gewerkschaften nur mühsam und sporadisch entwickeln konnten, erlebten Kultur und Politik jenseits des Oligarchentums einen Aufschwung. Die Widerstände gegen die korrupten Praktiken des Staatsapparats, insbesondere der Justiz formierten sich zusehends. Die Maidan-Revolutionen von 2004 und 2013/14 wirkten auf das politische Leben nachhaltig, indem schließlich mit der Wahl von Selenskij erstmals seit 1990 kein Oligarch zum Staatschef gewählt wurde. Während in diesem Land also in historisch ganz kurzer Zeit eine Gesellschaft sich von den Mechanismen einer staatsautoritären, von Nepotismus und Korruption geprägten Lebensweise zu emanzipieren begann – noch ist gar nichts entschieden – , geschah in Russland genau das Gegenteil.

Der während der Jelzin-Zeit taumelnde Staatsapparat wurde von Putin mithilfe der russischen Geheimdienst- und Gewaltorganisationen reorganisiert, Oligarchen per Bestrafung in die Schranken gewiesen, demokratische Bewegungen und Zusammenschlüsse bekämpft, kulturelle Öffnungen (von 1990 bis etwa 1996 waren etwa lange Zeit unzugängliche Archive offen) zurückgenommen, wurden Propagandalügen wieder zum alltäglichen Geschäft von Medien.[6] Putin avancierte zum Garanten von Stabilität. Krieg nach außen und Unterdrückung im Innern garnierte er mit Sozialleistungen fürs Volk. Im Westen wurde er weitgehend als verlässlicher Partner wahrgenommen, dessen innpolitische Volten insbesondere nach den Demonstrationen gegen Wahlbetrügereien 2011/12 zu gern wie eine notwendige Stabilitätsbedingung interpretiert wurden. Dies in einer Zeit, da Massenproteste in ganz Russland zur – letztlich wohl naiven – Hoffnung Anlass gaben, dass Putins Repressionsregime Grenzen gesetzt werden könnten.[7]

Warum hat aber gerade die SPD mit ihrem Frontmann Gerhard Schröder Putins politischen Kurs weitgehend unkritisch, eher aufmunternd („lupenreiner Demokrat“) begleitet? Die SPD-Führung hat, begleitet und bekräftigt durch den deutschen Mainstream, die Brandt-/Bahrsche Perspektive eine Annäherung durch Verständigung nach den hoffnungsvollen Gorbatschow Jahren mechanisch auf den KGB-Agenten im höchsten Staatsamt übertragen –

[6] Putins Berater werden ihm entsprechende Tipps gegeben haben, die sie Lenins programmatischer Schrift zur Machtdurchsetzung vom Oktober 1917 „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ hätten entnehmen können; in: Lenin Ausgewählte Werke, S. 396-438, Moskau 1971.

[7] „Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur“, lautete etwa der Titel einer Studie von Mischa Gabowitsch, die den Massenprotesten System veränderndes Potenzial zuschrieb. Berlin (Suhrkamp Tb) 2013.

denn er garantierte Stabilität. Sie hat zudem, wie auch die nachfolgenden Merkel Regierungen, die preisgünstigen Energielieferungen und relativ reibungslose Handels- und Kapitalbeziehungen zu Russland – die Kosten für die Ukraine lapidar zur Kenntnis nehmend – zu schätzen gewusst. Günstiges Erdgas versprach Ruhe an den Tariffronten und Konkurrenzvorteile für die deutsche Industrie. Und – was Putin im Inneren trieb, war ihr ebenso nachrangig wie seine zunehmend großrussische Politik gegenüber den ehemaligen Republiken der Sowjetunion. Hauptsache Stabilität und – als Komplementärbegriff – Nichteinmischung.

Das Verständnis von Nichteinmischung hat eine lange Geschichte. Als Imperativ einer an Stabilität und Berechenbarkeit ausgerichteter pragmatischer Außenpolitik implizierte diese Politik eine Ignoranz oder Missachtung Regime gefährdender dissidenter Regungen und demokratischer Bestrebungen in den Ländern des ehemaligen Sowjetreichs. Indem sich Volksmassen – oder unterdrückte Völker – gegen ihre Herrscher erheben, würden sie die internationale labile Stabilität gefährden. Tiefes Misstrauen gegenüber diesen Bewegungen prägte das Verhältnis der SPD und anderer bundesdeutscher Linken zum Prager Frühling 1968 – es waren wenige aus diesen Reihen, die diese Freiheitsbestrebung unterstützten. Als sich das polnische Volk 1980 unter den Parolen der Solidarność gegen die eigene Staatsmacht und den imperialen Aufseher aus Moskau auflehnte, war dies vielen im Westen nicht geheuer. Man befürchtete eine russische Invasion in Polen und damit eine Bröckeln von Stabilität in Europa. Als ob die Polinnen und Polen – die ging es schließlich an – sich dieser Gefahr nicht bewusst gewesen wären. Die Verhängung des Kriegsrechts durch General Jaruzelski im Dezember 1981, in dessen Verlauf die Unterdrückung des Volkes massiv gesteigert wurde[8], wurde in der Bundesrepublik regierungsoffiziell zwar kritisiert, doch klammheimlich als einzige realpolitische Option gewertet. Unterstützung und Solidarität erfuhr Solidarność aus Reihen gesellschaftlicher Organisationen und Initiativen, die Vertrauen in die Kraft und Urteilsfähigkeit der polnischen Freiheitsbewegung hatten, die zudem wussten, dass in Moskau keine Friedenstauben an der Macht waren. Ein ähnlicher Mechanismus der misstrauischen Geringschätzung gesellschaftlicher Kräfte jenseits staatlicher Institutionen ließ und lässt sich gegenüber der Ukraine beobachten. Die Annektierung der Krim und der östlichen ukrainischen Regionen wurde von westlichen Regierungen – auch und besonders durch die Bundesregierung – mit zaghaften Sanktionen gegenüber Russland beantwortet, die Gas- und Ölbeziehungen bleiben unangetastet, wurden sogar forciert, Olympia und Fußballweltmeisterschaft wurden zelebriert und der Ukraine wurde bedeutet, der von Russland hergestellte neue status quo solle um der Stabilität willen irgendwie zu akzeptieren sein. Dass die russische Aggression seit 2014 die ukrainische Gesellschaft in einen permanenten Kriegszustand versetzte und deren Ringen um demokratische Verhältnisse in ihrem Land massiv behinderte und bedrohte, wurde nur von den wenigen diesseits der Oder/Neiße wahrgenommen, die sahen, dass Russlands

[8] Eine prägnante aktuelle Analyse der Lage in Polen im Dezember 1981 bot Gert Schäfer in einer Vorlesung „Polen und das Kriegsrecht“ im Rahme seiner Vorlesungsreihe „Formern politischer Herrschaft II“ in: Peter Schyga (HG.) Gewalt und Politik. Studien zu Nationalsozialismus und totaler Herrschaft. Edition Gert Schäfer, Baden-Baden 2014, S. 306-314.

Politik nichts mit Stabilität zu tun hatte sondern auf imperiale Aggression ausgerichtet war. Es waren diejenigen, die sich mit den inneren Verhältnissen der ukrainischen Gesellschaft beschäftigten und dabei wahrnahmen, dass diese Gesellschaft alle Unterstützung gegen Korruption und Oligarchentum im Land benötigte, um sich weiter zu einer demokratischen und sozialen Republik zu entwickeln. Wie sehr deren Kraft geringgeschätzt wurde, als sie sich im „großen Krieg“, wie der Zustand seit dem 24. Februar 2022 in der Ukraine genannt wird, befanden, drückte der Zynismus aus, als die deutsche Verteidigungsministerin 5.000 Helme zusagte. Die immer wieder ersehnte politische Stabilität in Europa ist dahin, eine Stabilität die hoch geschätzt wurde, solange andere deren Zeche zahlen mussten. Die Realität holte auch die auf Stabilität um jeden Preis Fixierten ein. Sie wieder herzustellen geht nur mit dem ukrainischen Volk und der Eindämmung des Putin-Regimes.
Peter Schyga

Impressum

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 27. September 2023. **Redaktionsschluss des nächsten Newsletters ist der 27. November 2023.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122;
erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.